**Dresden 1881.**

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank“. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

**26. Jahrgang.**

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 30 Pfge.

**Specialité**
**feiner eleganter Wiener Cravatten**
empfiehlt in grösster Auswahl
**Albert Sieber,**
**Nr. 9 Frauenstrasse Nr. 9.**

**Tapisserie-Manufactur**
**Hartmann & Saam,**
**Schloss-Strasse 17,** vis-à-vis dem Königl. Schloss.
Eigene Fabrikation unserer Artikel im grössten Massstabe und ein in allen Stücken vollkommenes Herstellungsverfahren lassen uns hinsichtlich Auswahl und billigen Preisen selbst bei kleinsten Einkäufen **aussergewöhnliche Vortheile** bieten.

I. Filiale: Zwingerstr. 8.
**Die Kinderwagen-Fabrik**
von
**G. E. Höfgen**
befindet sich jetzt in dem neu erbauten Grundstück
**Königsbrückerstrasse 75.**
II. Filiale: Moritz-Allee 1.

**Nachttelegramm.** London. Das Unterhaus berieth Macarthy's Tadelsvotum gegen die Regierung wegen der Verhaftung Dillons, des katholischen Geistlichen Sheehy und anderer Maßregeln, welche ein Mißbrauch der Ausnahmegesetze seien. Forster vertheidigte sein Vorgehen, das absolut nöthig sei, um die Ordnung wieder herzustellen. Die Regierung sei fest entschlossen, ohne Ansehen der Person auf dem betretenen Wege zu verharren, um die bestehende Verschwörung zu unterdrücken. Die Debatte wurde vertagt. Dilke erklärte, er glaube der Nachricht, daß Deutschland in Vermittelung zwischen der Pforte stehe, Frankreich offerirte Ungahr.

**Nr. 145.**

Witterung vom 24. Mai: Barometer nach Oskar Osnald, Amalienstraße 15 (Mittag, 6 U.) 755 Mill., seit gestern 4 Mill. gefallen. Thermometrogr. n. Reaum.: 12° W., niedr. Temp. 8° W., höchste Temp. 14½° W. Nord-Wind, Regen, bedeckt. | Aussichten für den 25. Mai: Mehr stark bewölkt, Temperatur dieselbe, Niederschläge.

**Mittwoch, 25. Mai.**

## Für den Monat Juni

**werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 92 Pfennigen angenommen.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

**„Wollen Sie sich überzeugt halten, daß ich mich in der Förderung unserer Wirthschaftspolitik nicht irre machen lassen und die eingeschlagene Richtung festhalten werde, soweit meine Kräfte reichen.“** Diese Worte finden sich in einem Antwortschreiben, das der Reichskanzler am 19. Mai an einen konservativen Verein richtete. Sie können nur die gute Meinung, welche Industrie und Landwirthschaft von der volkswirthschaftlichen Richtung des Fürsten Bismarck hegen, bestärken. Selbst wenn die rührige Agitation der Freihändler, Fortschrittler, Sozialdemokraten und Semiten bei den Wahlen einen Erfolg davon tragen sollte, wird Bismarck sein Programm: Schutz der nationalen Arbeit, siegreich durchführen. Augenblicklich haben diese parlamentarischen Gruppen sich das gehässige Privilegium der Hansestädte ausgesucht, um die Politik Bismarcks zu durchkreuzen. Die Hamburger sträuben sich gegen den Eintritt in den Zollverein. Sie erheben fortwährend neue Schwierigkeiten. Die Verhandlungen stocken. Bismarck ist jedoch nicht der Mann, sich zurückschrecken zu lassen. Er hat beim Bundesrathe drei Anträge eingereicht, die bestimmt sind, das Pochen der stolzen Hansen auf ihren Schein etwas herabzustimmen. Bismarck verlangt, daß die neue Zollgrenze quer über die Elbe unterhalb Hamburgs gezogen, die Zollvereinsniederlage und die Reichszollämter in Hamburg am 1. October aufgehoben und die Hamburger Arbeiten für die Erhaltung des Fahrwassers der Unterelbe zukünftig ohne preußische Genehmigung nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Diese 3 Anträge haben in Hamburg einen heillosen Schrecken hervorgerufen. Die Herren sehen ihren großen Fehler ein, Nichts gethan zu haben, um ihre schwere Versündigung gegen die vaterländische Industrie sobald als möglich aufhören zu lassen. Es kann ja darüber gar kein Streit sein, daß die Hamburger ihre günstige geographische Lage an der Mündung des größten deutschen Stromes wesentlich im Interesse des Auslandes und zum Nachtheile des großen Vaterlandes verwertheten. Naturgemäße Brückenköpfe zur Beförderung binnenländischer Erzeugnisse nach dem Auslande haben Hamburg wie Bremen sich als die Einfallsthore des Auslandes entwickelt. Statt Dampferlinien zu gründen, die den deutschen Gewerbefleiß nach der Levante, nach China, Indien und andere überseeische Gebiete direkt verfrachteten, suchten sie Stärke und Ruhm in der Beförderung ausländischer Einfuhr. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar, er ist unerträglich. Allerdings wußten die Hansestädte ihre egoistische Sonderstellung, bei der sie sich so lange auf Kosten des verarmenden deutschen Hinterlandes bereicherten, durch allerhand patriotische Phrasen zu verdecken und zu verbrämen. Um einen Artikel in die norddeutsche Bundesverfassung einzuschmuggeln, der ihr gemeinschädliches Privileg sichere, haben sie seit 1866 stramm am Einheitsstaate mit bauen helfen. Nun erfüllt sich an ihnen das „Hirtenknabe, Hirtenknabe, Dir auch singt man dort einmal“. Ihre Klagen über Vergewaltigung treffen überall taube Ohren. Wir unsererseits haben selbstverständlich keine Freude an dem Zwange, den das Reich gegen eines seiner Glieder ausübt. Aber wir vermissen bei den Hamburgern jede ernstliche Bereitwilligkeit, den Lebensinteressen des ganzen Reichs gerecht zu werden. Und wenn sich noch vor Kurzem die gekrönten Häupter der deutschen Fürsten keinen Augenblick besannen, um des höheren Zweckes der Rechtseinheit willen auf einen Theil ihrer Justizhoheit zu verzichten, warum klammern sich die Hamburger Geldfürsten so knöchern an ihre Mammonssäcke, deren Inhalt sie unserem Wohlstand entzogen?

Der Reichstag wird in der Hauptsache das Vorgehen Bismarck's gegen Hamburg unterstützen; dieser sollte aber auch auf anderen Gebieten, die in der allgemeinen Richtung seiner Politik liegen, kräftiger eingreifen. Wir spielen hiermit auf die windschiefen Beschlüsse des Reichstags in der Gewerbe- und Innungsfrage an. Die wetterfahnige Haltung der Freikonservativen hat es bekanntlich bei der 2. Lesung zu Wege gebracht, daß zwei der wichtigsten Bestimmungen abgelehnt wurden, welche einen starken Anreiz enthielten, daß die künftigen Innungen sich lebensfähig entwickeln. Es kommt im Wesentlichen darauf an, daß nicht blos die armen Meister einer Innung beitreten. Bleiben die wohlhabenden draußen, so sind Wind und Sonne ungleich vertheilt. Die Innungsvorlage verfolgt einmal den Zweck, der Kleinindustrie solche korporative Kräftigung zu gewähren, daß sie rückenstark werde zur Konkurrenz mit dem Großkapital. Sodann soll sie erzieherisch und sittlichend auf das Lehrlingswesen wirken. Daher verlangten die Deutsch-Konservativen und das Centrum, daß bewährte Innungen den Nichtinnungsmitgliedern unter gewissen Voraussetzungen das Halten von Lehrlingen untersagen dürfen und daß Nichtinnungsmitglieder verpflichtet seien, den Sterbe-, Hilfs- und Krankenkassen der Innungen beizutreten und zu den Kosten etwaiger Fachschulen beizutragen. Beides wurde abgelehnt. Aber ohne diese Bestimmungen werden die neuen Innungen hinsiechen. Sie sind dem Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung des Gewerbes dann kaum noch gewachsen. Würde, um ein naheliegendes Beispiel zu gebrauchen, der Dresdner Gastwirthsverein, der in seiner Fachschule und in der Anlernung gewandter Kellner so Anerkanntes leistet, im Stande sein, zu prosperiren, wenn die großen Bierkönige draußen blieben und den kleinen Schluckern von armen Wirthen die Kosten für die Fachschule und die Ausstattung der Kellner mit allerhand allgemeinen Kenntnissen überließen? Die Schuld an der Ablehnung dieser Bestimmungen trugen die Freikonservativen. Sie theilten sich bei der Abstimmung. Die sächsischen Mitglieder stimmten korrekt für jene Anträge, aber die hochgeborenen Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst und -Langenburg, Graf Schwerin-Boytzenburg und ihr bürgerliches Anhängsel stimmten mit den Nationalliberalen. Es waren dieselben Herren, die am 5. März 1880 gerade umgekehrt mittelst Namensaufrufes für die Einführung jener Festsetzungen gestimmt, also binnen Jahresfrist ihre Meinung ohne alle Noth gewechselt hatten. Diese vornehmen Herren, aufgewachsen in dem Wohlleben reicher Herkunft, wissen eben nicht, wo das arbeitende Volk der Schuh drückt. Es steht jedoch zu hoffen, daß bei der 3. Lesung der Innungsvorlage jene wappengeschmückten Herren wieder auf ihren Standpunkt vom vorigen Jahre zurückkommen. Um das nochmalige Drehen dieser Thurmfahnen zu bewirken, bedürfte es nur eines halbwegen Hauches aus den Bismarck'schen Backen.

Eine Schwergeburt war die endliche Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Endlich haben wir mit unserem besten politischen Freunde einen Meistbegünstigungsvertrag, der nicht von Halbjahr zu Halbjahr erneuert und eßlöffelweise genossen wird, sondern auf den Zeitraum von 5½ Jahren hinaus den Gewerbtreibenden und Landwirthen beider Reiche regelmäßige Nahrung und Ruhe gewährt. Daß derselbe keine Bestimmungen über Rohleinenverkehr, das Appreturverfahren, eine Viehseuchenconvention u. dergl. enthält, ist fast als ein Vorzug anzusehen.

Nachdem die deutsch-österreichischen Abgeordneten aus dem Wiener Reichsrathe tapfer hinausmarschirt und ebenso tapfer wieder hineinmarschirt sind, wurden am Montage ihre Freunde auf der Volksgalerie zwangsweise hinauseskortirt. Man berieth einen der trübseligsten Anträge, die jemals in einem Parlamente gestellt wurden. Der klerikale Abg. Lienbacher will die Schulpflicht von 8 auf 6 Jahre herabsetzen und es den Eltern überlassen, ob sie in den letzten beiden Jahren ihren Kindern Unterricht ertheilen lassen wollen. Einer der beredtesten Abgeordneten, Prof. Süß, brandmarkte diesen Antrag als einen Frevel, von dem der Einbringer selbst nicht wisse, wohin dieses Verbrechen an der Kultur führe, als einen himmelschreienden Unsinn. Die Regierung Oesterreichs hatte sich bisher, aber immer schwächer, gegen diese tolle Zumuthung lichtscheuer Klerikaler gewehrt; der Unterrichtsminister v. Conrad ließ sich krank melden, sein Unterstaatssekretär Pozzi trat kleinlaut den Rückzug an und bequemte sich zur Anempfehlung des Lienbacher'schen Antrages. In flammenden Zornesworten rief Abg. Süß aus:

Es ist leider wahr, Oesterreich ist soweit gekommen, daß es in diesem Augenblicke weder ein festes politisches Ziel, noch eine selbstständige verantwortliche Regierung besitzt. (Stürmischer Beifall). Wo sie sein sollte, treffen wir Nichts als eine Lücke — was sage ich eine Lücke — einen bodenlosen Abgrund politischer Simonie (Aemterschachers) (Stürmischer Beifall, Händeklatschen), in welche die Autorität der Regierung bereits hinabgesunken ist und die Autorität der Majorität im Begriffe ist, hinabzusinken. (Stürmischer Zuruf!) Fort endlich mit diesen Reichsverderbern!

Süß bekam seinen Ordnungsruf, der Präsident ließ die Galerien räumen, die mit Händeklatschen die trefflichen Worte Süß' begleitet hatte. Trotzdem nahm das Abgeordnetenhaus den Antrag Lienbacher's an. Wenn nicht das Herrenhaus ihn beseitigt, dann wird sich eine dicke Wolke von Unwissenheit über unseren Nachbarstaat lagern.

### Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 24. Mai.

Berlin. Reichstag. Das Mandat des würtembergischen Abg. v. Knapp wurde durch seine Ernennung zum Ministerialrath für nicht erloschen erklärt. Der deutsch-französische Handels- und Schifffahrtsvertrag erregte in 3. Lesung noch eine Diskussion, die zugleich die bekannte Denkschrift des Reichskanzlers über die französischen Schifffahrts-Prämien umfaßte. Schlutow sprach gegen solche Prämien. Mosle war auch der Meinung, daß nur Hebung des Handels und des Nationalgefühls die Schifffahrt heben könnte und hielt nur für besondere Fälle staatliche Unterstützung für angebracht. Beide führten übrigens aus, daß die Denkschrift bezüglich des Rückganges der deutschen Schifffahrt zu schwarz male. Dr. Delbrück unterstützte diese Meinung durch Ziffern, die englischen Konsulatsberichten entnommen waren, weil die deutschen Konsulatsberichte zu schwer zugänglich sind (dem ehemaligen Präsidenten des Reichskanzleramtes! Eine bessere Illustration für die Zugeknöpftheit der deutschen Bureaukratie giebt es kaum). Man müsse zwischen directem und Küstenverkehr unterscheiden. Der directe Verkehr gehe nicht zurück, was den Küstenverkehr anlangt, so erwärme er sich nicht dafür, daß das deutsche Binnenland deutsche Gesellschaften unterstütze, die in Shanghai Schiffe bauen, um dem chinesischen Küsten- und Flußverkehr zu dienen. Uebrigens machten sich in dieser Beziehung englische und chinesische Gesellschaften schon große Konkurrenz. Bundeskommissar v. Kusserow hielt aufrecht, daß der deutsche Schifffahrtsverkehr nach China und Australien zurückgegangen und daß der Bericht nicht zu schwarz male. Möhring gab dagegen Zahlen, die eine bedeutende Hebung der deutschen Schifffahrt seit 1873 nachwiesen. Die Vorlage wurde definitiv angenommen. Folgt die Berathung über den Budget-Nachtrag. Für den Deutschen Volkswirthschaftsrath werden 84,000 M. gefordert. Sonnemann gegen das neue Parlament, durch das die Thätigkeit des Reichstags noch mehr lahm gelegt werden solle. Man wolle, wie Schifffahrtsprämien und Tabakmonopol, auch die französische Institution aus der Zeit des Absolutismus zu uns verpflanzen. Zustimmung wäre Selbstverstümmelung. Die Regierung solle ihre Vorlagen einfach durch Sachverständige von Fall zu Fall prüfen lassen. Minister Dr. Bötticher: Es handle sich um ein gutes, nützliches Werk. Der mangelhaften Vorbereitung der Gesetze, im Reichstage so oft abfällig kritisirt, solle abgeholfen werden. Jeder politische Gedanke liege fern. Der preußische Volkswirthschaftsrath, der einfach zu einem deutschen erweitert werden soll, habe sich schon recht gut bewährt. Dr. Rentzsch trat mit einer großen Wärme für das neue Institut ein. Handelte es sich um die Landwirthschaft allein, so würde der Landwirthschaftsrath vollständig ausreichen. Die Handelskammern seien auf Grund der Partikulargesetze zu verschiedenartig konstruirt, um eine geeignete Vertretung für Handel und Industrie darzustellen. Dazu seien die Interessen des Kleingewerbes und die Arbeiter darin unvertreten. Löwe-Berlin dagegen. Es gäbe Vertretungen genug, bei denen die Regierung ihr Material einholen könne. Dr. Frege schloß sich Rentzsch an, man klage über Diätenlosigkeit, dann sollte man doch den Antrag begrüßen, der uns in Stand setzt, nicht so viel hier sitzen und sprechen zu müssen. Wenn man bedenke, wie kurze Zeit der preußische Volkswirthschaftsrath erst gewirkt, so müsse man anerkennen, was er geleistet. Keine Korporation habe namentlich so die Interessen des kleinen Mannes gewahrt als diese. Durch den Volkswirthschaftsrath werde größere Unabhängigkeit von der Zeitströmung in der Beurtheilung wirthschaftlicher Dinge und größere Kenntniß der sachlichen Fragen erreicht. Der in den Petitionen aus Glauchau und Meerane enthaltene Vorwurf sei nicht möglich gewesen, wenn bei Aufstellung des Tarifs vor 3 Jahren schon eine solche Korporation bestanden hätte. Er schloß mit einer energischen Zurückweisung des neulichen Richter'schen Angriffs auf die sächsischen Konservativen. Braun-Glogau: Er und seine Freunde hätten damals gleich gesagt, daß die in den Glauchauer und Meeraner Petitionen erwähnten Mißstände für die Weberbevölkerung eintreten würden. Er wundere sich, daß Rentzsch den Handelskammern eine so abfällige Censur ertheile, da er doch selbst bei einer solchen eine hervorragende Rolle gespielt (in Dresden). Stumm will sofortige Annahme des Postulats. Dr. Windthorst gegen die neue „Nebenkammer“. Auf Antrag v. Bennigsen wird Verweisung an eine 14gliederige Kommission beschlossen. Die übrigen Nachträge werden debattelos einstimmig genehmigt. Nächste Sitzung: Morgen. (Unterstützungswohnsitz, Zollanschlußfrage, Körnermuseum). — Es wird angenommen, daß der Reichstag am 21. Juni geschlossen werden kann.

**Berliner Börse.** Die Course setzten gleich von Anfang höher ein und stiegen bei sich immer lebhafter entwickelndem Verkehr auf allen Gebieten ansehnlich. Die auswärtigen Notirungen lauteten fest. Oesterr. Credit, sehr belebt, blieben 9½, Ungar. 4, Franzosen 3, Lombarden 1½ Mk. besser. Gute Meinung bestand für Eisenbahnen. Oberschl. 4, Bergisch-Märkisch 1, Galizier 1½ Proc. besser. Oesterr. Prior. stiller. Banken fest, belebt nur die leitenden. Discontogesellschaft 3½, Deutsche Bank 1 Proc. höher, Dresdner Bank (junge) und Sächsische je ½ Procent weichend. Deutsche Fonds ohne Interesse, fremde sehr fest, besonders Russen (1880er + ½ Proc.). Die spekulativen Bergwerke höher, Laura um 1½, Dortmunder um 1 Proc. Industrien theilweise belebt und höher. Hartmann 1 Procent höher, Solbrig 1 Procent niedriger.

### Lokales und Sächsisches.

— Die Landessynode fuhr in der Berathung der Trauordnung fort und zwar bei § 19, demzufolge die Trauung zu versagen ist: 1) bei Ehen zwischen Christen und Nicht-Christen, 2) bei zu naher Verwandtschaft, 3) wenn nach besonderen Umständen desfalls die Mitwirkung der Kirche bei der Eheschließung zum öffentlichen Aergerniß gereichen und als eine Entwürdigung des göttlichen Segens erscheinen würde. Die Mehrheit der Deputation empfiehlt, daß die unter Punkt 3 aufgeführten Trauungshindernisse durch Exemplification besonderer Fälle solchen öffentlichen Hindernisses erläutert werden. Justizrath Höffner bekämpft jedoch als Minderheits-Referent geistvoll eine solche Exemplification und will nicht, daß die Geistlichen durch besondere Instruktionen hierbei gebunden seien. Ref. Superintendent Anacker empfiehlt namens der Ausschußmajorität im Prinzip die Annahme des Erlasses, mit dem Zusatze, daß auch der Widerspruch der Eltern der Brautleute einen Verweigerungsgrund darstellen solle. Dagegen seien für Versagung der Trauung unter Verwandten schwer geistliche Normen zu finden, ohne stets wieder auf Dispens zuzukommen. Prof. Dr. Wach erkennt den lebendigen Einfluß des Christenthums auf das Institut der Ehe an, gleichwohl sei die staatliche Bedeutung nicht aus den Augen zu lassen, und es könne daher nicht Sache der Synode sein, gegen die Eheschließung Hindernisse aufzustellen. Es gebe kein Eherecht außer einem staatlichen, dieses habe die Kirche nicht nur zu billigen, sondern auch sich ihm zu unterwerfen. In vorliegender Fassung erscheine ihm Punkt 3 als Kautschukparagraph und obgleich ihn derselbe in dieser Eigenschaft nicht schrecke, so halte er doch die Befürchtung für naheliegend, daß dadurch auf die Seelsorge das Odium der Unduldsamkeit und Unversöhnlichkeit fallen könne. Nicht minder absprechend behandelt er die zur Ausführung dieses Punktes 3 gegebenen Informationen. Es bedürfe bei Erörterung der Frage, wem hier die Trauung zu versagen sei, vor Allem der Individualisirung und der Prüfung von Fall zu Fall. Prof. Dr. Friedberg: Es handele sich nicht darum, ein Eherecht zu schaffen, denn die evangelische Kirche sei als Begriff ein Abstractum. Ihm erscheine der Entwurf insoweit verfrüht, als das Civilstandesgesetz erst kurze Zeit in Kraft sei. In gewissen Kreisen müsse der § 19 abschreckend wirken. Kultusminister von Gerber tritt den Auffassungen Wach's theilweise entgegen und stimmt dem Vorredner zu, daß durch die Annahme des Minoritätsgutachtens der Geistlichkeit ein Vertrauensvotum ausgesprochen werden würde. Indeß werde derselben durch den Paragraph des Entwurfs eine treffliche Handhabe gegeben. Es sei übrigens mit den sonstigen Ansichten Wach's nicht vereinbar, daß er den Erlaß einer Ausführungsverordnung, eines Instruktionsbüchleins oder einer Ansprache befürwortet. Für die Mehrheit und gegen Höffner's freiere Auffassung sprechen noch Justizrath Koch (Buchholz), B. Meyer (Chemnitz), Konsistorialrath Dr. Luthardt (Leipzig), Prof. Kunze (Leipzig). Doch wird § 19 nach Fassung der Majorität gegen 19 Stimmen angenommen. Debatte verursachen noch die §§ 20 und 21, die davon handeln, was der Geistliche zu thun habe, wenn er die Trauung aus den Gründen des § 19 verweigert oder wenn ihm sonst bei der Wiedertrauung Geschiedener wegen ihres Verhaltens bei der Lösung der ersten Ehe Bedenken beigehen. Der Geistliche soll Bericht an die Behörde erstatten, der Synodalausschuß verlangt jedoch in solchen Fragen die Mitwirkung der Kirchenvorstände und die Synode beschließt demgemäß gegen 15 Stimmen. Am Schlusse der fünfstündigen Sitzung nahm sie die Trauordnung gegen 13 Stimmen an.

— Die Augustusbrücke ist nunmehr in allen Hauptdingen fertig zur Aufnahme des Pferdebahnverkehrs. Die nun disponibel werdenden Arbeiter werden unverzüglich die kurzen Anschlußstrecken vom Blockhaus zur Hauptstraße in Angriff nehmen. Wenn die Wagen der Bahn rollen, wird man sich wundern, daß man so lange ohne dies wichtigste Verkehrsbindemittel zwischen den beiden Stadthälften sich beholfen konnte. Die schöne Pflasterung der Brücke und die sorgfältige Beschienung ist übrigens auch für den übrigen Wagenverkehr und selbst den Fuß-Verkehr von Nutzen, wie man sich bald überzeugen wird. Die Pferde für die neue Pferdebahn-Linie sind von bester Race in Hannover, Friesland und Oldenburg, von Beamten der Gesellschaft aufgekauft und werden in Hannover eingefahren. Auch die Wagen aus Ehrenfeld bei Köln a. Rh. treffen ein und werden im Pontonschuppen jetzt zusammengesetzt. Die Eröffnung der Neustädter, so sehr ersehnten Bahnlinie wird trotz alledem noch nicht erfolgen können, und zwar eines Hindernisses wegen, an das man nicht glauben würde, wenn man es nicht sähe: es fehlt, wie man sagt, an der Genehmigung, die nöthigen, wenn auch nur provisorischen Schienen vom Neustädter Markt zu dem Ponton-Schuppen zu legen.